

**Spielräume progressiver Wirtschaftspolitik vor und nach der Krise:
Das Fallbeispiel Spanien**

Georg Feigl

AK Wien (Okt-Dez. 2013 Fundación 1° de Mayo)

Nach einem Jahrzehnt hoher Wachstumsraten, stark steigender Beschäftigung und eines scheinbar gelungenen Aufholprozesses zu den nördlicheren wohlhabenderen Mitgliedstaaten, galt die spanische Ökonomie bis 2007 nahezu als mustergültig innerhalb der Eurozone. 2005 träumte der damals erst seit einigen Monaten regierende sozialdemokratische Ministerpräsident Rodríguez Zapatero davon, bis zum Ende des Jahrzehnts die damals schwächeren Nationen Deutschland und Italien in der Kaufkraft pro Kopf zu übertreffen. Das sollte nicht zuletzt durch einen Ausbau des Sozialstaates gelingen, der in Spanien den Rückstand aus der Zeit der Franco-Diktatur noch nicht aufholen konnte.

Kritische Stimmen bspw. aus den Gewerkschaften, wonach das spanische Wachstum zu ungleich verteilt sei und sich zu sehr auf den Bausektor bzw. zu wenig auf Sektoren mit hohen Produktivitätszuwachsen und hoher Wertschöpfung konzentrierte, blieben ungehört. Das rächte sich spätestens mit dem Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise, die den beschäftigungsintensiven Bausektor zum Erliegen brachte und die Arbeitslosigkeit in Rekordzeit auf Rekordhöhen trieb.

Während die Regierung anfänglich noch versuchte mit einem der größten Konjunkturpakete in Europa gegenzusteuern, kam es im Frühjahr 2010 mit dem Beginn der Griechenland-Krise und der damit einhergehenden sukzessiv restriktiver werdenden neuen European Economic Governance zu einem raschen Kurswechsel in Richtung Austeritätspolitik. Diese führte nicht nur zu einem Ende des Versuchs Spielräume für emanzipatorische und ökologischer Wirtschaftspolitik zu nutzen, sondern auch gleich die Idee an sich zu begraben und die Fortschritte der Vergangenheit wieder rückzubauen. Obwohl die ab 2012 mit absoluter Mehrheit regierenden Konservativen im Wahlkampf noch den Abbau der Arbeitslosigkeit ohne harte Austeritätspolitik versprochen hatten, verschärften sie letztere innerhalb von wenigen Wochen massiv.

Ende der Spielräume emanzipativer Wirtschaftspolitik?

Diese Entwicklung wirft zwei Fragen auf, die in dieser Arbeit beleuchtet werden sollen:

1. Wäre vor der Krise eine nachhaltige progressive Wirtschaftspolitik möglich gewesen, die mit dem europäischen Binnenmarkt vereinbar und nicht auf Immobilienexzesse gestützt gewesen wäre?
2. Gab und gibt es auch Spielräume emanzipatorischer Wirtschaftspolitik in der Krise – trotz neuer European Economic Governance?

Die zweite Frage soll im Mittelpunkt stehen, da sie sowohl für die nationale als auch für die europäische Debatte zentral ist. Diese Arbeit wird von der These geleitet, dass die Spielräume auf europäischer Ebene zwar eingeschränkt werden, sie allerdings nach wie vor im erheblichen Ausmaß vorhanden wären und es letztlich auf die politische Ausrichtung auf nationaler wie auf europäischer Ebene ankommt.

Es wird gezeigt, dass die europäischen Vorgaben für Spanien nicht eindeutig aus den neuen Regeln hervorgingen, sondern der Spielraum darüber hinaus bewusst sehr klein und prozyklisch interpretiert wurde. Die konkreten Vorgaben der EU-Kommission sind weniger auf die Reform des sogenannten Stabilitäts- und Wachstumspaktes oder anderer Neuregelungen zurückzuführen, sondern mehr vom Krisenverlauf, von radikalisierter Austeritätspolitik und von Irrationalitäten bestimmt. Zudem zeigt das Beispiel Spanien, dass einerseits die auf internationalen Kostenwettbewerb und Austerität fokussierten Wirtschaftspolitiken bisher keine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage gebracht haben, und andererseits dass die derzeitige wirtschaftspolitische Steuerungsarchitektur auf europäischer Ebene unzureichend ist.

Letzteres wird vor allem darauf zurückgeführt, dass sowohl in der Governance als auch den Politiken paradoxerweise gerade die gesamteuropäische Perspektive jenseits nationaler Volkswirtschaften fehlt. Wäre diese stärker ausgeprägt, so könnte das eine ausgewogenere und koordiniertere Wirtschaftspolitik unter stärkerer Berücksichtigung nachfrageseitiger Aspekte ermöglichen, auch wenn die angebotsseitige Fixierung prinzipiell auf europäischer Ebene besser verankert ist (zB EZB). Änden muss sich hierfür in erster Linie die politische Ausrichtung und damit die Anwendung der New European Economic Governance. Eine Neuordnung von Prozeduren, Verträgen und Institutionen auf europäischer Ebene ist also keine absolut notwendige Voraussetzung für einen Politikwechsel, auch wenn sie sehr wohl hilfreich wäre. Neben einer weitreichenden Ausnahme für Investitionen bei den Fiskalregeln gilt das insbesondere für eine echte demokratische Fundierung sowie für Instrumente zum Ausgleich asymmetrischer wirtschaftlicher Entwicklungen.

Am Rande wird die für beide behandelten Fragen relevante Subthese beleuchtet, ob eine alternative Produktionsstruktur – die die Grundvoraussetzung für eine alternative Entwicklung darstellt – realisierbar ist. Da ein solcher fundamentaler Wandel allerdings alles andere als voraussetzungslos ist und letztlich zu einer genauen Analyse der gesellschaftlichen Strukturen und Akteure führen müsste, kann diese Frage nur gestreift werden.